

## INHALT

1. 262 Millionen Neuverschuldung für weniger Investitionen und sinkende Bildungsquote
2. Studierende und Dozenten demonstrieren gegen Hochschulpolitik der Landesregierung
3. Finanzministerin Heinold stellt Infrastrukturbericht vor
4. Regierungsfaktionen schließen sich in weiten Teilen CDU-Initiative an
5. Landtag fordert Rehabilitierung verurteilter homosexueller Menschen

11.12.2014

**262 Millionen Neuverschuldung für weniger Investitionen und sinkende Bildungsquote  
CDU-Fraktion zeigt in Haushaltsdebatte Alternativen auf**



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Angesichts einer geplanten Neuverschuldung in Höhe von 262 Millionen Euro bei Mehreinnahmen von einer Milliarde Euro hat der CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, Ministerpräsident Torsten Albig heute eine völlig verfehlte Politik vorgeworfen.

SPD, Grüne und SSW würden in der Albig-Regierung völlig falsche Schwerpunkte setzen, erklärte Günther unter Hinweis auf die niedrigste Investitionsquote in der Geschichte des Landes, eine sinkende Bildungsquote und fehlende Mittel für die Hochschulen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende zeigte in seiner Rede die Alternativen für die Menschen im Land auf:

"Wollen sie 38 Millionen für Verwaltungskosten ausgeben – wie SPD, Grüne und SSW es tun - , oder wollen sie 800 Millionen Euro in Schleswig-Holsteins Zukunft investieren? So wie es die CDU macht.

Wollen sie Millionen Euro für eine „innovative Fahrradinfrastruktur“, oder wollen sie 90 Millionen für die Sanierung unserer Landesstraßen, die die CDU fordert?

Wollen sie weiter eine rot-grün-blaue Sparpolitik zulasten der Hochschulen, oder wollen sie 18,2 Millionen Euro für bessere Studienbedingungen?!

Wollen sie lieber eine Million für Urwälder wie Herr Habeck, oder wollen sie, dass die Polizei in der Fläche erhalten wird?

Wollen sie eine Biotopkartierung, die 1,7 Millionen Euro im kommenden Jahr verschlingt, oder wollen sie, wie die CDU, dass Sportstätten mit vier Millionen Euro jährlich saniert werden?

Wollen sie 400 Lehrerstellen für eine bessere Unterrichtsversorgung – wie die Union –, oder wollen sie 200 Lehrerstellen für ideologische Experimente?“

Wie erwartet lehnten SPD, Grüne und SSW alle Änderungsanträge der CDU-Fraktion ab.

Link zu Rede im Wortlaut:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-12-11\\_Pressemeldung\\_4724.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-12-11_Pressemeldung_4724.pdf)

---

### **Studierende und Dozenten demonstrieren gegen Hochschulpolitik der Landesregierung CDU-Fraktion fordert angesichts einer Milliarde Euro Mehreinnahmen mehr Geld für die Hochschulen**



2.500 Studenten machten ihrem Unmut Luft

Am Rande der heutigen Landtagssitzung zogen 2500 Studierende und Dozenten vor das Landeshaus. Sie forderten zusätzliche Mittel für die Hochschulen. Die Demonstration wurde von der Universitätsleitung der Christian-Albrechts-Universität ausdrücklich unterstützt. «Wir fahren mit Überlast», sagte der Präsident der CAU, Lutz Kipp, vor den Studenten. Er fühle sich von der Landesregierung im Stich gelassen, da diese die durch die Bundesregierung an Schleswig-Holstein für die BaFöG-Kosten überwiesenen 36 Millionen nicht an die Hochschulen

weiter leite.

Oppositionsführer Daniel Günther bekannte sich ausdrücklich zur Mitverantwortung der CDU für den derzeitigen schlechten Zustand der Universitäten. Vorwürfe der Regierungsfractionen wegen im Jahr 2012 vorgenommener Einsparungen in diesem Bereich entkräftete er allerdings. „Damals hatten CDU und FDP eine Milliarde weniger zur Verfügung als heute. Deshalb ist es heute möglich, zumindest die Hälfte der 36 Millionen Euro auch an die Hochschulen zu geben. Die CDU hat mit ihren Haushaltsänderungsanträgen gezeigt, dass dies möglich ist“, so Günther.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2415.pdf>

---

### **Finanzministerin Heinold stellt Infrastrukturbericht vor CDU: Verhalten von SPD, Grünen und SSW verantwortungslos**



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp, MdL

Dass es um die Infrastruktur sehr schlecht bestellt ist, wissen die Schleswig-Holsteiner schon lange. Kaputte Straßen, marode Brücken und zerfallende Gebäude gehören mittlerweile leider zum Alltag. Nachdem bereits vor einigen Tagen Auszüge bekannt wurden, hat die Landesregierung heute am Tag der Haushaltsberatungen einen Infrastrukturbericht vorgelegt.

Diesem ist zu entnehmen, dass durch die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte mittlerweile ein Sanierungstau von fast fünf Milliarden Euro entstanden ist. Zur Finanzierung des Straßensanierung fehlen ganze 2,13 Milliarden Euro. Ein entsprechendes Infrastrukturprogramm die Landesregierung erst ab 2018 – also nach dem Ende dieser Legislaturperiode – auflegen. Bislang sehen SPD, Grüne und SSW dafür jährlich 100 Millionen Euro vor. Zum Vergleich: Allein für die Sanierung und Erhaltung von Landesstraßen würden bis 2024 schon 900 Millionen Euro benötigt.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, warf angesichts der Haushaltsberatungen SPD, Grünen und SSW vor, die durch den Bericht als falsch erwiesene Politik einfach fortzusetzen:

„Ausgerechnet an dem Tag, an dem sich die Landesregierung zu einem Investitionstau von fast fünf Milliarden Euro bekennt, senkt die Koalition die Investitionsquote auf den niedrigsten Wert aller Zeiten ab. Wer so handelt, hätte sich zumindest die Mühe und das Geld für den

Infrastrukturbericht sparen können“, erklärte Arp in Kiel.

Link zum Infrastrukturbericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2500/drucksache-18-2558.pdf>

---

## **Regierungsfractionen schließen sich in weiten Teilen CDU-Initiative an Vorschlag für Beamten-Hilfstopf nahm erste Hürde im Parlament**



Dr. Axel Bernstein, MdL

Nach vertraulichen Gesprächen in der vergangenen Woche haben die Regierungsfractionen und die CDU bereits in der heutigen Plenarsitzung einen gemeinsamen Antrag auf Unterstützung im Dienst verletzter Beamten in erster Lesung beraten. Dieser sieht einen Hilfstopf mit einem Volumen von 250.000 Euro vor. Geschädigte Beamten mit einem Schmerzensgeldanspruch gegenüber Tätern sollen künftig schneller und unbürokratischer das ihnen zustehende Geld erhalten.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, freute sich über den absehbaren Erfolg für die verletzten Beamten. „Unser Ziel war es, gemeinsam eine Regelung zu finden. Durch die schnelle und konstruktive Einigung besteht die Möglichkeit, bereits in der Februar-Sitzung darüber abzustimmen.“

Die CDU habe durchgesetzt, dass die Regelung für den gesamten öffentlichen Dienst gelten wird. Für Polizisten ebenso, wie für Mitarbeiter im Justizvollzug. Für Beamte ebenso, wie für Angestellte. „Ich glaube daher, dass wir einen guten Gesetzentwurf geschaffen haben. Und ich hoffe, dass wir ihn im Sinne der Betroffenen zügig im Innen- und Rechtsausschuss beraten werden“, so Bernstein. Heute zeichnete sich ab, dass auch die FDP den Antrag unterstützen wird.

Über den Hilfstopf soll das Land die jeweils gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeldsumme an die Beamten auszahlen. Im Gegenzug wird der Anspruch an das Land übertragen, dass das Geld dann von den Tätern einfordert. Gleiches gilt für die Rechtsverfolgungskosten.

Allein im Jahr 2013 wurden rund 1200 Gewalttaten gegenüber Beamten verzeichnet. 354 Einsatzkräfte wurden dabei verletzt. Nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei stehen derzeit Schmerzensgeldzahlungen in Höhe von 40.000 Euro an geschädigte Beamte aus.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2494.pdf>

---

## **Landtag fordert Rehabilitierung verurteilter homosexueller Menschen Regierungsfractionen streben Wiedergutmachung für Verurteilte an**



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Über einhundert Jahre waren „Homosexuelle Handlungen“ nach dem Strafgesetzbuch verboten. 50.000 Verurteilungen ergingen auf der Grundlage des § 175 StGB. Noch 1957 bestätigte das Bundesverfassungsgericht diese Urteile. Erst im Jahre 1994 wurde der Paragraph ersatzlos gestrichen.

In der heutigen Debatte wurde fraktionsübergreifend eine Rehabilitierung der damals Verurteilten gefordert. Für die CDU-Fraktion erklärte deren sozialpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann:

„Die Ehre der Menschen, die unter dieser staatlichen Verfolgung gelitten haben und davon betroffen waren, gilt es wieder herzustellen. Auch sprechen wir uns dafür aus, Initiativen, die zur geschichtlichen Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer - und des späteren Umgangs mit den Opfern, führen, zu unterstützen.“

Der weitergehenden Forderung der Regierungsfractionen nach Wiedergutmachung für die Verurteilten schloss sich die CDU-Abgeordnete allerdings nicht an. Entscheidungen der Gesetzgeber und – wie in diesem Fall – Gerichte seien immer von den gesellschaftlichen Wertevorstellungen der jeweiligen Zeit geprägt.

Im Falle einer Wiedergutmachung sei die Kette möglicher Entschädigungsforderungen kaum absehbar, weil auch durch andere Gesetze früherer Zeiten nach heutigen Maßstäben weitere Bevölkerungsgruppen diskriminiert und benachteiligt worden seien. Beispielsweise seien auch Kuppelei und Ehebruch früher eine Straftaten gewesen, die zu entsprechenden Urteilen geführt hätten.

„Wir können das Rad der Geschichte nicht zurück drehen und das erlittene Unrecht der Betroffenen wieder gutmachen!“, so Rathje-Hoffmann.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2500/drucksache-18-2560.pdf>

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2300/drucksache-18-2329.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)